Untere Wasserbehörde des Kreises, die dann die gegebenenfalls erforderlichen Sanierungsverfügungen erlässt (§ 138 LWG).

2. Der Kreis als Untere Wasserbehörde ist hingegen zuständig für die Überwachung von Einleitungen aus Kleinkläranlagen in Gewässer (Einleiterüberwachung, § 116 Abs. 1 Nr. 7 LWG). Die Untere Wasserbehörde ist originär zuständig für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnisse / Sanierungserlaubnisse für die Einleitung der in den Kleinkläranlagen gereinigten häuslichen Abwässer in ein Gewässer sowie für die Genehmigung von Kleinkläranlagen, die nicht bauaufsichtlich zugelassen sind (Pflanzenkläranlagen und Abwasserteiche) und daher einer Einzelgenehmigung bedürfen.

Diese gespaltene Zuständigkeit der vor Ort-Überwachung ist für den Betroffenen nur schwer voneinander zu unterscheiden, da der jeweilige Prüfer sich einerseits auf sein Aufgabenfeld beschränken muss, andererseits aber offensichtliche Mängel, die außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches liegen, dennoch gegenüber dem Grundstückseigentümer und der jeweils anderen Behörde aufzeigen soll. Es ist darüber hinaus schwer verständlich, dass ein Entwässerungssystem von zwei unterschiedlichen Behörden geprüft wird und grundsätzlich dafür auch die jeweiligen Gebühren zu zahlen sind.

Ziel dieser Vereinbarung ist es, die Zuständigkeiten für die Anlagen- und Einleiterüberwachung von Kleinkläranlagen im Kreis Coesfeld **einer** Behörde zu übertragen und damit eine effektivere Aufgabenwahrnehmung zu erreichen; der Anlagenbetreiber und Gewässerbenutzer hat künftig nur noch **einen** Ansprechpartner für die Überwachungsaufgaben.

Die privaten Betreiberpflichtungen zu einer regelmäßigen Wartung der Anlage durch ein zugelassenes Fachunternehmen bleiben von dieser Neuregelung unberührt und wie bisher bestehen. Auch die bestehende Regelung der Klärschlammabfuhr ändert sich nicht.

Seitens des Kreises Coesfeld wurden für die Aufgabenerfüllung entsprechende personelle Ressourcen bereitgestellt. Eine Refinanzierung des Aufwandes ergibt sich aus den Gebühreneinnahmen nach dem „Allgemeinen Gebührentarif zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung“ des Landes Nordrhein-Westfalen, Tarifstellen 28.1.5.14 und 28.1.9.1.

Seitens des Kreises wird eine jährliche Überwachung von ca. 600 – 700 Kleinkläranlagen angestrebt. Hieraus ergibt sich ein Überwachungsturnus von ca. 7-8 Jahren pro Kleinkläranlage, der auch den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Bisher hat sich die Gemeinde bei den Kläranlagenüberwachungen – wie vielfach in anderen Gemeinden auch – bei Einsätzen auf Verdachts- und Beschwerdefälle beschränkt. Diese Praxis konnte vor dem Hintergrund vertreten werden, dass in den Jahren 1996 bis 2007 im Rahmen eines Förderprogramms die meisten Kleinkläranlagen erneuert wurden. Damit waren die Anlagen zunächst einmal in einem technisch guten Zustand. Um jedoch den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen, ist zukünftig eine geregelte Überwachung der Kleinkläranlagen sicherzustellen, was für die Gemeinde einen erhöhten Verwaltungs- und Personalaufwand bedeutet. Es wird daher vorgeschlagen, die Überwachungspflicht dem Kreis Coesfeld zu übertragen.

Hierfür ist der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erforderlich. Sie ist als **Anlage** beigefügt und mit der Bezirksregierung Münster abgestimmt. Da seitens der Gemeinde Rosendahl gegenüber dem Kreis Coesfeld bereits im Vorfeld signalisiert wurde, eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen, haben bereits der Umweltausschuss des Kreises Coesfeld am 26.02.2015, der Kreisausschuss am 18.03.2015 und der Kreistag am 25.03.2015 – vorbehaltlich der Zustimmung der Ge-

meinde Rosendahl – der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Überwachungspflicht auf den Kreis Coesfeld als Untere Wasserbehörde zugestimmt.

Die übrigen Kommunen des Kreises Coesfeld haben bereits mit Vertragsabschluss vom 14.01.2014 die Überwachungspflicht auf den Kreis Coesfeld übertragen

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Kenntnis genommen:

Musholt
Produktverantwortliche

Roters
Fachbereichsleiterin

Gottheil
Bürgermeister

Anlage(n):

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Überwachung von Kleinkläranlagen